



GEMEINDE LIPPETAL

Pressemitteilung

Meldung vom 18. Juli 2018

Mit Ankauf des Sparkassengebäudes Weichen für die Zukunft gestellt

Jetzt ist es amtlich: Die Gemeinde Lippetal wird das Sparkassengebäude in Hovestadt erwerben, um den bestehenden räumlichen Engpässen und Parkplatzproblemen begegnen zu können. Diesen Beschluss traf der Gemeinderat in seiner Sitzung am Dienstag. Grünes Licht gab es auch in Gesprächen mit den Verantwortlichen der Sparkasse SoestWerl. Zum 01.01.2019 soll das Eigentum auf die Gemeinde übergehen.

Dabei haben sich Rat und Verwaltung die Entscheidung nicht leicht gemacht. Über ein halbes Jahr wurden alle denkbaren Varianten geprüft, um dem Platzbedarf, den Anforderungen an den Brandschutz und die Barrierefreiheit sowie einer angemessenen Parkplatzsituation gerecht zu werden. Mögliche Varianten waren dabei der Anbau an das Rathaus, ein Neubau südlich des Rathauses, der Umbau des unmittelbar hinter dem Rathaus liegenden und im Eigentum der Gemeinde befindlichen Wohnhauses („Kanzlerbungalow“) zu einem Verwaltungsgebäude oder eben der Ankauf des Sparkassengebäudes in Hovestadt, um dort Organisationseinheiten der Gemeindeverwaltung unterzubringen. Um eine Entscheidung treffen zu können, wurden zudem die Kosten jeder einzelnen Alternative gegenübergestellt und Vor- und Nachteile beschrieben.

Nun kam es zu einem klaren Votum für den Ankauf des Gebäudes der Sparkasse in Hovestadt. Diese Lösung schafft nicht nur Platz für die Gemeindemitarbeiter und bietet Parkplatzfläche sondern ist gleichzeitig die kostengünstigste aller geprüften Varianten.

Bereits seit Jahren werden große Teile der Sparkassenimmobilie fremdgenutzt. Die Gemeinde Lippetal ist bereits Mieter einer Wohnung und eines Archivraums. Sparkassenvorstand Michael Supe stellt fest, „dass das großzügige Raumangebot, der Immobilie an der Bahnhofstraße, nicht mehr den Bedarfen der Sparkasse entspricht. Das Gebäude ist schlicht zu groß für uns.“ Gleichzeitig versichert er, dass die Sparkasse weiterhin auf Hovestadt setzt.

Auch über die Zukunft des „Kanzlerbungalows“ wurde in der Ratssitzung entschieden. Da dieser nun endgültig nicht mehr für Verwaltungszwecke benötigt wird, soll dieser veräußert werden. Ein Käufer ist bereits gefunden.